

Glyphosat

Gift im Urin

Laut einer aktuellen Studie von Umweltverbänden haben nicht nur Landwirte, sondern auch Großstädter den Herbizidwirkstoff Glyphosat im Körper. Nun fordern Politiker und Verbände, zumindest das Totspritzen von Getreide zu verbieten. Von Annegret Grafen

Glyphosat ist der Renner. Es ist das weltweit am meisten verkaufte Herbizid. Auch in Deutschland erfreut sich der Unkrautvernichter hoher und steigender Verkaufszahlen. Nach einer 2012 veröffentlichten Studie der Universität Göttingen wird das Gift Jahr für Jahr auf 39 Prozent der Ackerfläche in Deutschland versprüht. Eigentlich sollte das Anlass genug sein, sein Vorkommen in Lebensmitteln, in Mensch und Tier zu überwachen. Zumal verschiedene Untersuchungen darauf hindeuten, dass Glyphosat schwerwiegende gesundheitliche Schäden verursachen kann. Doch eine solche Überwachung findet nicht statt.

In die Lücke sind nun der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und sein europäischer Dachverband Friends of the Earth (FOE) gesprungen. Sie haben Urinproben von 182 Stadtbewohnern aus 18 europäischen Ländern auf Glyphosat untersuchen lassen. Alarmierendes Ergebnis: Knapp die Hälfte der Probanden hat das Gift im Körper. In der deutschen Probe sind es sogar 70 Prozent. „Unsere Analysen bestätigen den Verdacht, dass die Bevölkerung zu weiten Teilen mit Glyphosat belastet ist“, sagt Heike Moldenhauer, Gentechnikexpertin beim BUND.

Versagen der Behörden

Die Untersuchung beruht auf einer Stichprobe, sie ist nicht repräsentativ. Das wird dem BUND nun vorgehalten, was Moldenhauer zornig macht: „Gerade das ist doch der Skandal, dass die Verbreitung von Glyphosat in Lebensmitteln und Umwelt nicht großflächig untersucht wird“, sagt sie. Es gebe nicht einmal staatliche Labore, die menschlichen Urin auf Spuren des Herbizids testen können. Das von den Umweltverbänden beauftragte private Medizinische Labor Bremen hat einen eigenen, validierten Test entwickelt. „Was die zustän-

digen Behörden versäumen, haben wir getan“, sagt die Expertin des Umweltverbandes.

Glyphosat wird zur Unkrautbekämpfung nach der Getreideernte und vor der Aussaat eingesetzt. Eine wachsende Bedeutung hat es durch die Zunahme pflugloser Anbauverfahren, weil dabei die Beikrautregulierung nicht mehr über die wendende Bodenbearbeitung erfolgt. Ein weiteres Anwendungsgebiet ist das Totspritzen von Getreide kurz vor der Ernte, um die Körner gleichmäßig abreifen zu lassen. Die sogenannte Sikkation führt mutmaßlich zu den höchsten Belastungen von Lebensmitteln. Zwölf Prozent der in Deutschland ausgebrachten Glyphosatmenge entfallen auf diese Anwendung, heißt es in der Göttinger Studie. Auch hier: Tendenz steigend. „Diese Methode gehört europaweit verboten“, fordert der grüne Europaparlamentarier Martin Häusling. „Sie ist überflüssig und nur deshalb üblich geworden, weil sie bequem und billig ist.“ Unkrautvernichter mit dem Wirkstoff Glyphosat sind auch für Hobbygärtner leicht erhältlich und werden an Bahngleisen und auf anderen Flächen versprüht. In den USA und Südamerika setzen Farmer das Gift in hohen Mengen in herbizidtoleranten, gentechnisch veränderten Kulturen wie Soja und Mais ein. Herbizide mit dem Wirkstoff Glyphosat haben die Firmen Monsanto, Bayer, Syngenta und BASF im Angebot, das bekannteste davon ist „Roundup“.

Glyphosat im Brötchen

Ähnliche Ergebnisse wie die Stichprobe von BUND und FOE haben auch Untersuchungen der Universität Leipzig erbracht. Auch hier wurden Städter auf Glyphosat getestet. Mehr als 60 Prozent der Urinproben waren positiv. Angesichts der Zahlen kritisiert Studienleiterin Monika Krüger, dass über die gesundheitlichen Risiken des Stoffs viel zu wenig bekannt sei:

„Verdrängt, verharmlost, verschwiegen“

Mehrere Parlamentarier und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragten die Regierung im Juni, wie sie mit den besorgniserregenden Hinweisen der BUND-Studie umgehen will. **Niklas Wawrzyniak** unterhielt sich darüber mit **Harald Ebner** (Foto), dem Sprecher für Agrogentechnik der Grünen.

Ö&L: Wie zufrieden sind Sie mit den Antworten der Bundesregierung?

- ▶ **Harald Ebner:** Mit den Antworten kann man nicht zufrieden sein. Es ist erschreckend, wie die Bundesregierung mit Hinweisen zu den bedenklichen Nebenwirkungen von Glyphosat umgeht. Sie will nicht reagieren, will es nicht wahrhaben und blendet es offensichtlich aus. Auch im Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz hat die Bundesregierung deutlich gemacht, dass für sie der Nutzen des chemischen Pflanzenschutzes im Vordergrund steht. Das verträgt sich natürlich nicht mit einer gründlichen Risikoprüfung. Deshalb wird verdrängt, verharmlost und verschwiegen.

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat Herstellern empfohlen, besonders bedenkliche Bestandteile von Glyphosat wie die giftigen Netzmittel Tallowamine durch andere zu ersetzen. Allerdings sind Tallowamine nach wie vor gesetzlich zugelassen. Welche Regelungen schlagen Sie vor?

- ▶ Tallowamine sind aus unserer Sicht hochproblematisch, das geben eigentlich auch alle zu. Wer hier die Augen zumacht, handelt leichtfertig. Das Problem ist, dass man Tallowamine nicht sauber nachweisen kann. Diese Netzmittel gehören grundsätzlich vom Markt.

Bisher werden Pestizide nur durch deren Hersteller verpflichtend getestet, staatliche, unabhängige Studien sind nicht vorgeschrieben. Wie kann das geändert werden?

- ▶ Unabhängige Risikostudien sind notwendig. Es gibt noch kein fertiges Modell, aber meine Idee ist es, einen Fonds einzurichten, in den die Hersteller einzahlen müssen und aus dem heraus dann eine unabhängige Risikoforschung finanziert wird. Dazu braucht es allerdings eine Kommission, die vernünftig besetzt ist – nicht nur mit den Lobbyisten der Chemieindustrie. In den Expertenkommissionen des Bundesinstituts für Risikobewertung sitzen keine Fachleute von Nichtregierungs-Umweltorganisationen. Hier könnte man kritische Vertreter einbinden.

Viele Studien werden als nicht wissenschaftlich abgetan ...

- ▶ Das ist mittlerweile ein Standardsatz des Bundesinstituts für Risikobewertung und der Bundesregierung. Wenn die BUND-Studie zeigt, dass offenbar Verbraucherinnen und Verbraucher mit Glyphosat in Kontakt kommen, wenn es Studien zur Toxizität gibt, muss die Bundesregierung im Sinne des Vorsorgeprinzips reagieren.

Die Bundesregierung verweist auf die gute fachliche Praxis, was das Ausbringen von Glyphosat betrifft, auch bei der Sikkation ...

- ▶ Einer gesetzlichen Definition der guten fachlichen Praxis hat sich Schwarzgelb ja verweigert, weil die Koalition weiß, dass es dann eng wird mit Glyphosat & Co. Und ohne Glyphosat funktioniert ihr industrielles Agrarmodell nicht. Das sieht man besonders in Südamerika, wo Soja für unsere Tierhaltung fast nur noch mit Glyphosat angebaut wird. Insbesondere die Sikkation ist eine große Schweinerei, weil die Wartezeiten viel zu kurz sind. Die Sikkation kann man sofort aussetzen und verbieten, so wie man es mit den Neonikotinoiden auch gemacht hat.



„Eine Dauerbelastung, wie sie Menschen erfahren, die jeden Tag belastete Lebensmittel essen, ist nie untersucht worden“, sagt die Professorin.

Vergangenes Jahr hat *Öko-Test* Mehl, Haferflocken und Backwaren auf Glyphosat untersuchen lassen. „In 14 von 20 Proben wurden wir fündig“, berichtet Chefredakteur Jürgen Stellpflug. Acht von zehn untersuchten Brötchen waren belastet.

Die Zulassung von Glyphosat wäre eigentlich schon im vergangenen Jahr abgelaufen und hätte erneuert werden müssen. Die EU hat die notwendige Neuzulassung auf 2015 vertagt. „Auf Wunsch der Industrie“, vermutet Häusling. Deutschland ist Berichterstatter für die Neuzulassung und deshalb in der Pflicht, den anderen Mitgliedstaaten eine Bewertung vorzulegen. „Unsere Studie zeigt, hier gibt es ein Problem“, sagt die BUND-Expertin Moldenhauer: „Jetzt müssen die zuständigen Ministerien ihren Job machen!“ ■

- ▶ Dieser Beitrag ist bereits im *bioland-Fachmagazin für ökologischen Landbau*, Ausgabe 7/2013, erschienen.
- ▶ zum Thema siehe auch *ÖKOLOGIE & LANDBAU*, Ausgabe 4/2011, S. 36 ff.: *Wachsendes Risiko für Mensch und Natur*



Annegret Grafen

Verantwortliche Redakteurin *bioland-Fachmagazin*
Kaiserstraße 18, D-55161 Mainz
Tel. + 49 / 61 31 / 2 39 79 33
annegret.grafen@bioland.de